

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 0441/2006
31.03.2006

Tiefgreifende Veränderungen an Schulen notwendig!

Zur Debatte über Gewalt an Schulen erklärt ***Priska Hinz***, bildungspolitische Sprecherin:

Gewalt ist in erster Linie ein soziales Problem. Perspektivlosigkeit und mangelnde Bildung verschärfen die soziale Benachteiligung junger Menschen. Dies führt oft zu Konfliktlösung durch Gewalt. Kulturelle Unterschiede werden erst danach bedeutsam: wenn Jugendliche sich als Verlierer begreifen, versuchen sie Stärke durch Abgrenzung und Unterdrückung anderer zu demonstrieren. Als Bezugsgruppe dient dann wiederum oft die eigene Ethnie.

Die Vorfälle in Neukölln zeigen auch, dass die Hauptschule als Schulform keine Zukunft hat. Das frühe Verteilen von Schülerinnen und Schülern auf unterschiedliche Schultypen macht keinen Sinn. Hauptschulen sind de facto vielfach Restschulen, in die alle sog. "Problemfälle" abgeschoben werden. Hauptschulen müssen daher aufgelöst werden. Notwendig ist ein neuer Schultyp, in dem Kinder länger gemeinsam lernen und früher individuell gefördert werden.

Es ist eine alte grüne Forderung, dass alle Schulen, insbesondere aber Schulen an sozialen Brennpunkten, Unterstützung durch Sozialarbeiter und psychologische Beratung bekommen. Außerdem müssen Schulen und Jugendhilfe stärker kooperieren, damit Eltern besser in den Erziehungsprozess eingebunden werden können. Wichtig ist auch, dass Eltern besser in das Schulleben eingebunden werden und Vereinbarungen mit der Schule über Erziehungsziele treffen.

Es sollte möglich sein, dass der Bund zusammen mit den Ländern ein gemeinsames Programm auflegt, um die Rahmenbedingungen für ein förderliches Lernklima an Schulen zu verbessern. Dies wäre durch das geplante Kooperationsverbot nach der Föderalismusreform nicht mehr möglich.